**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
**Band:** 83 (2008)
**Heft:** 4

**Artikel:** Supermacht auf Abruf?
**Autor:** Farwick, Dieter
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-716267

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Supermacht auf Abruf?

Es war die ehemalige amerikanische Aussenministerin Madeleine Albright, die die Vereinigten Staaten von Amerika vor Jahren als «unverzichtbare Macht» bezeichnet hat. Sie wollte damit zum Ausdruck bringen, dass keine wichtige Entscheidung in der Weltpolitik gegen oder ohne die USA getroffen werden könnte.

BRIGADIER DIETER FARWICK, SIGMARINGEN

Besonders in Europa gibt es nicht wenige Beobachter, die diese Wertung heute in Zweifel ziehen. Sie weisen hin auf das verlustreiche und teure Engagement der USA im Irak und in Afghanistan, auf die derzeitige wirtschaftliche Rezession, die Probleme der amerikanischen Banken, das grosse Handelsdefizit, die Probleme im Gesundheitswesen und der Bildung sowie der Infrastruktur, die Probleme der Immigration, die stärker werdende Konkurrenz durch die zukünftigen Weltmächte China und Indien, die Abhängigkeit der USA von Energieimporten, den Ansehensverlust in der gesamten Welt durch Abu Ghraib und Guantánamo sowie auf eine Verhärtung des Verhältnisses mit Russland hin.

Es besteht kein Zweifel, dass viele der aufgezeigten Probleme und Kritikpunkte an der Politik der USA ihre objektive Berechtigung haben und jede US-Regierung vor gewaltige Herausforderungen stellt. Zum Läuten der Totenglöckchen für die Weltmacht USA scheint es in meinen Augen jedoch zu früh zu sein.

**Hillary Clinton bei einer Wahlveranstaltung.**

### Was kommt auf Amerika zu?

Auf diese Frage versucht der «Jahresbericht 2006-2007» verschiedener Institute der Georgetown University, Washington D.C., eine Antwort zu finden. Unter dem Titel «America's role in the world» wird zunächst untersucht, in welchem Umfeld die zukünftigen Herausforderungen zu sehen sind.

So heisst es in dem Bericht: «Die nächsten zehn Jahre werden sehr wahrscheinlich charakterisiert durch eine erhöhte Instabilität, verursacht durch geschwächte internationale Organisationen, die Beschleunigung der Globalisierung und durch die Zunahme transnationaler Probleme, die von keinem Staat alleine zu lösen sein werden.» Die Studie der Institute geht von sechs wichtigen Annahmen aus:

- Der geopolitische Zusammenhang wird noch komplexer und mehr dezentralisiert
- Die Vorhersehbarkeit von Wechseln wird abnehmen
- Neue Herausforderungen für die amerikanische Regierung und Administration werden entstehen
- Die Globalisierung wird weiterhin Gewinner und Verlierer hervorbringen
- Eine Verschiebung amerikanischer Prioritäten in den Weltregionen wird stattfinden
- Transnationale Probleme, die sich der Beherrschung durch einzelne Staaten entziehen, werden zu mehr Instabilität und zu neuen Herausforderungen für Regierungen führen

Der Bericht benennt vier sicherheitspolitische Themen, die jede zukünftige Regierung herausfordern werden: Der Nahe/Mittlere Osten, Terrorismus, Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und «versagende» Staaten.

Es folgt ein Hinweis auf alte und neue Konkurrenten der Supermacht USA: Die

sich entwickelnde Weltmacht China, das schwächer werdende, aber ehrgeizige Russland und ein versagendes Europa sind entweder nicht willens oder nicht fähig zu einer fairen Lasten- und Arbeitsteilung mit den USA. Um die Sache noch schwieriger zu machen: Die UNO ist nicht in der Lage zu Krisenmanagement und Entscheidungsfindung. Eine komprimierte, düstere Bilanz, auf die ich später eingehen werde. In dem Report werden allerdings auch Fakten erwähnt, die den USA Erleichterung verschaffen können:

«Entlastung kommt von Verbündeten und Partnern in der asiatisch-pazifischen Region wie Indien, Japan, Australien, Singapur, Südkorea und die Philippinen.» Eine Region, die in Europa nur unzureichend wahrgenommen wird. Nicht wenige Beobachter, besonders in Europa, weisen auf die Gefahr hin, dass die USA unter einem «imperial overstretch» leiden und Gefahr laufen, den Status einer Supermacht zu verlieren.

Es ist offensichtlich für mich, dass die USA einen «relativen Machtverlust» erleiden. Es wird auch vielen Amerikanern immer klarer, dass die USA nicht mehr in der Lage sind, anderen Staaten von aussen den eigenen Willen aufzudrücken. Das zeigen der Irak und Afghanistan sowie der Konflikt Israel/Palästina überdeutlich.

Aber haben die USA damit den Status einer «unverzichtbaren Supermacht» verloren? Stimmt es, dass die Pax Americana bereits dasselbe Schicksal erleidet wie die Pax Romana vor fast 2000 Jahren?

### Vitale Interessen

In meinen Augen ist es im Sinne einer Realpolitik immer ratsam, die vitalen nationalen Interessen zur Grundlage der Bewertung jeder Politik eines Staates zu machen. Das bedeutet nicht, dass Moral und immaterielle Werte keine Rolle spielen (sollen).

Aber vitale Interessen, deren Durchsetzung dem Staat und seinen Bürgern Sicherheit, Frieden und soziale Sicherheit bringen sollen, bilden die härtere Währung in der Weltpolitik. Unter vitalen Interessen verstehe ich gesamtpolitische Interessen, die langfristig das Überleben des Staates und seiner Bevölkerung in äusserer und innerer Sicherheit, Frieden und sozialer Stabilität sicherstellen sollen.

Sie unterliegen nicht der aktuellen Politik, sondern bilden deren Grundlage. Sie gelten weitgehend unverändert. Im Falle besonderer Ereignisse – wie zum Beispiel dem 11. September 2001 in den USA – können Interessen adjustiert und ihre Prioritätenfolge geändert werden, aber im Kern bleiben sie erhalten. Es können folgende vitale amerikanische Interessen definiert werden:

- Die Verteidigung der in der Verfassung festgelegten Werte
- Die Verteidigung des eigenen Territoriums gegen interne und externe Bedrohungen
- Die Erhaltung des Status einer Weltmacht
- Die Ausnutzung der geopolitischen und geostrategischen Vorteile der USA
- Die Verhinderung jedweder existenzieller Entscheidungen gegen die eigenen vitalen Interessen – z.B. im UN-Sicherheitsrat
- Die Verhinderung einer Koalition von möglichen Gegnern
- Die Nutzung der eigenen militärischen Überlegenheit zur Abschreckung – einschliesslich der Nuklearwaffen
- Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus im eigenen Lande und im Ausland
- Die Verhinderung der Kombination Terrorismus und Massenvernichtungswaffen
- Die Sicherstellung einer stabilen Wirtschaft bei niedriger Inflation und geringer Arbeitslosigkeit
- Die Sicherstellung des Exports und Imports von Rohstoffen und Waren
- Die Gewährleistung, dass über 300 Millionen US-Bürger ihr Leben nach dem «American way of life» führen können
- Die weltweite Verbreitung von Stabilität und Sicherheit – einschliesslich der Förderung der Menschenrechte, des Schutzes von Minderheiten, des Pluralismus und der Demokratie
- Den Ausbau eines Netzwerkes von Alliierten und Partnern in der gesamten Welt – besonders in der immer wichtiger werdenden asiatisch-pazifischen Region mit ihren über 3 Milliarden Menschen
- Die Verbesserung der Beziehungen zu Brasilien und anderen lateinamerikanischen Staaten – auch zur Eindämmung des negativen Einflusses des venezolanischen Präsidenten Chavez
- Die Lösung der illegalen Immigration

**Barack Obama wird von seinen Anhängern gefeiert.**

- Die Verbesserung der Bildung, des Gesundheitswesens und der Infrastruktur
- Der Kampf gegen weltweiten Menschenhandel, die organisierte Kriminalität und gegen das Geschäft mit Drogen
- Die Sicherstellung der Einwanderung leistungswilliger Eliten und Handwerker
- Die Verteidigung der qualitativen militärischen Überlegenheit
- Der Versuch, schwache Staaten zu stabilisieren
- Die Verbesserung des eigenen Image in der gesamten Welt

Das ist eine anspruchsvolle, ehrgeizige Liste von vitalen amerikanischen Interessen und daraus abgeleiteten, politischen Zielvorstellungen. Sie sollen der Vision einer andauernden, respektierten Supermacht Amerika und auch als Messlatte für die Politik dienen.

### Welche Politik?

Wenn meine These stimmt, dass die vitalen amerikanischen Interessen weitgehend unverändert in den nächsten zehn Jahren bestehen bleiben, sind die Spielräume für die amerikanische Politik sehr eng. In einem Gespräch mit mir hat Nick Burns, die Nr. 3 im State Department und früherer US-Botschafter bei der NATO, bekräftigt, dass sich die Vereinigten Staaten weiterhin weltweit engagieren und dabei eine «leading role» in einer intelligenten und effizienten Art und Weise spielen werden.

Eine Erfahrung der Kriege in Irak und Afghanistan wird umgesetzt werden. Die USA werden verstärkt versuchen mit Alliierten und Partnern zusammenzuarbeiten, ohne allerdings die nationale Autonomie aufzugeben. Auch eine neue amerikanische Regierung – egal was die Kandidaten im Wahlkampf sagen mögen - wird das militärische Engagement in Irak und in Afghanistan nicht schnell und massiv reduzieren. Es ist interessant, dass bislang die Aussenpolitik und der Irak-Krieg im Wahlkampf kaum eine Rolle spielen. Die Weltmacht USA kann sich eine Niederlage in Irak und in Afghanistan nicht leisten. Sie verlöre jede Glaubwürdigkeit als Ordnungsmacht. Eine Aufgabe Iraks und Afghanistans liefe zudem einem Bündel vitaler Interessen zuwider.

**1973: John McCain wird von Präsident Nixon nach seiner Freilassung begrüsst.**

Alle vier aussichtsreichen Kandidaten wollen die Rolle der USA als Weltmacht bei besserem Ansehen fortsetzen. Eine weitere Lehre aus Irak und Afghanistan wird aus dem Versagen der zivilen Komponente gezogen. So plädiert Nick Burns für den Aufbau eines «peace corps», das in enger Zusammenarbeit mit dem Militär die Aufgaben des «nation and state building» übernimmt.

Voraussetzung dafür sind ausgebildete Stäbe und Helfer, die eine dezentrale Aufbauhilfe «vor Ort» umsetzen können. Hier kommt eine weitere Erkenntnis zum Tragen: Bei jedem Aufbau in einem Staat mit dezentralen Stammesstrukturen kommt es auf die Zusammenarbeit mit den lokalen und regional wirkenden Stämmen an – nicht nur auf die Zusammenarbeit in der Hauptstadt.

### China und Russland

Gegenüber der aufstrebenden Weltmacht China werden die USA – auch wegen der gegenseitigen finanziellen und wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten – keinen Konfrontationskurs fahren. Durch eine geschickte Bündnispolitik im asiatisch-pazifischen Raum – z.B. mit der zweiten aufstrebenden asiatischen Macht Indien – werden die USA ihre vitalen Interessen als asiatisch-pazifische Weltmacht weiter durchsetzen. Wegen der offensichtlichen technologischen Überlegenheit der amerikanischen Streitkräfte wird auch China jede Eskalation zu einer militärischen Auseinandersetzung mit den USA vermeiden – auch in der Taiwan-Frage. Russland spielt allenfalls eine Rolle als Energiemacht, von der die USA jedoch weniger abhängig sein werden als viele europäische Staaten.

### Fragezeichen Iran

Da es Europa als geschlossene politische Union, die mit einer Stimme spricht, in den nächsten zehn Jahren kaum geben wird, hat Europa für die USA weiter an Bedeutung verloren. Von Bedeutung ist für die USA die weitere Entwicklung im Iran. Der jüngste Bericht der Geheimdienste hat die Lage etwas entspannt, da Iran die Entwicklung von Nuklearwaffen auf Zeit unterbrochen haben soll. Allerdings ist der Schritt von der zivilen Entwicklung zur militärischen sehr kurz.

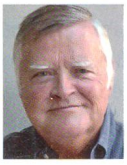
Besonders betroffen wäre Israel, das die Bedrohung durch Iran bereits heute stark einschätzt – verursacht nicht nur durch die Reden vom Präsidenten Ahmadinejad, der Israel von der Weltkarte wischen will. Der Konflikt mit Nordkorea kann in diesem Jahr weiter entschärft werden.

Mit den Ansätzen einer weiteren Stabilisierung in Irak und einem zu erwartenden Truppenabbau im Sommer hat Irak in der öffentlichen Diskussion schlagartig an politischer Bedeutung verloren. Es dominieren die innenpolitischen Themen.

### Unverzichtbare Macht

Sollte die Immobilien- und Bankenkrise zu einer deutlichen und anhaltenden wirtschaftlichen Rezession führen, würde dies den Ausgang der Präsidentschaftswahlen am 4. November stark beeinflussen. Die einzelnen Bundesstaaten und Konzerne sind jedoch robust und innovativ genug, um die neuen Herausforderungen zu bestehen.

Die USA werden ihren Status als unverzichtbare Weltmacht wahren, zumal ihre Weltmachtkonkurrenten auf dem Weg nach oben grössere innenpolitische Probleme zu bewältigen haben. Als UN-Vetomacht kann sie Entscheidungen, die ihren vitalen Interessen schaden könnten, verhindern. ✚



Brigadier Dieter Farwick ist Chefredaktor World Security Network. In der Bundeswehr war er Chef des Zentrums für Militärisches Nachrichtenwesen. Als stellvertretender Kommandant der 10. Panzerdivision führte er in Sigmaringen die Divisionstruppen.

## Wahlkampf 2008

Wie immer hat der amerikanische Wahlkampf um das Präsidentenamt auch eine militär- und sicherheitspolitische Komponente. Senator John McCain, der aller Voraussicht nach die republikanische Nomination erringen wird, fährt einen betont harten aussen- und militärpolitischen Kurs.

Bei der Demokratischen Partei geht es im Rennen zwischen Senatorin Hillary Clinton und Senator Barack Obama auch um den Irak. Hillary Clinton trat 2003 für den Irak-Feldzug ein, Barack Obama war dagegen. Das reibt er seiner Konkurrentin bei jeder Gelegenheit unter die Nase. *f.*